

ORIENTIERUNG

Katholische Blätter für weltanschauliche Information

Erscheint zweimal monatlich

Nr. 5

12. Jahrgang der «Apologetischen Blätter»

Zürich, den 15. März 1948

INHALT: Hundert Jahre schweizerische Bundesverfassung: Die Entstehung der Verfassung aus tragischem Konflikt — Eine gute Lösung — Die Ausnahmerechtartikel.

Die Epochen der neueren Geschichte: Zum Werk von Werner Näf.

Bolschewistische Kulturfront: Agitprop und Pathos — Ingenieure der Seele — «Wir haben alles noch vor uns» — Offensive der Kulturfront.

Die Kirche und das Schulwesen in Ungarn: In der Vergangenheit — Die neue Situation.

Woher die vielen Sekten? Der Begriff der Sekte — Die Ursachen der Sektengründungen — Zahl der Sekten.

Ex urbe et orbe: Die einmütige Verurteilung der Vorgänge in der Tschechoslowakei — Die Beurteilung der neuen Situation — Die Abwehrhaltung.

Hundert Jahre schweizerische Bundesverfassung

Die schweizerische Eidgenossenschaft kann in diesem Jahre das Jubiläum des hundertjährigen Bestehens des Bundesstaates und der ihn begründenden Bundesverfassung begehen. Hundert Jahre Distanz ermöglichen es heute, in Ruhe die Ereignisse, die zur Gründung des Bundesstaates geführt haben, geschichtlich zu werten, ohne einseitige historische Apologie und ohne einseitige geschichtliche Verdammungsurteile. Die historische Wertung jener Ereignisse wird trotzdem noch verschieden sein, je nach dem weltanschaulichen Ausgangspunkt und je nach der Beurteilung der soziologischen und allgemein geschichtlichen Faktoren, die entscheidend den Gang der Ereignisse beeinflusst haben. In allen geschichtlichen Krisenzeiten sind Recht und Unrecht nicht fein säuberlich geschieden, sondern seltsam vermengt. In dieser Vermengung bilden sich Explosionsherde, die dann die Katastrophe herbeiführen können. Formales Recht und materielles Recht, historische Beharrungskraft und geschichtliche Beschleunigungsmotive können in Konflikt geraten. Wenn diese Konfliktsfälle noch mit menschlicher Unzulänglichkeit und politischer Leidenschaftlichkeit behandelt werden, ist das Unglück gross.

Die Vierzigerjahre des letzten Jahrhunderts waren eine Zeit ungeheurer geistiger Gärungen, die auch das politische Geschehen entscheidend beeinflussten; hinter den politischen Kampfzügen Zentralismus und Föderalismus, Konservatismus und Radikalismus standen weit tiefer gehende Gegensätze, als diese Kampfzüge vermuten lassen. Die Schweiz war ein europäischer Gärungs-herd, laboratoire d'idée. Diesem Gärungsprozess waren wir alle hüben und drüben mit unsern politischen Mitteln nicht gewachsen, und auf beiden Seiten wurde richtiges Recht mit unrichtigen politischen Mitteln zu erzwingen versucht, was zur eigentlichen Krisis in der geschichtlichen Entwicklung der Schweiz führte. Die Verbindung einer politischen Fortschrittsidee mit Religions- und Kirchenfeindlichkeit machte es den religions- und kirchentreuen Katholiken ungeheuer schwer, den politischen Uebergang in die neue Zeit zu vollziehen. Gerade für den schweizerischen Katho-

lizismus hatte dieser 1830 einsetzende Auseinanderfall von neuer Bürgerlichkeit und altschweizerischer Religiosität Folgen, die den eigentlichen Schlüssel zur Erkenntnis der tiefen geistigen Hintergründe des Sonderbunds-geschehens bilden.

Wir leiden heute noch an der Tragik, die das Kennzeichen der historischen Vorgänge der Vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts war. Diese Tragik bestand darin, dass Recht und Unrecht, historisches Verdienst und historische Schuld nicht klar getrennt einander gegenüberstanden, sondern sich seltsam mischten. Die berechtigten radikalen Forderungen nach einer neuzeitlichen Entwicklung und Gestaltung des Bundes stiessen zusammen mit der berechtigten Verteidigung überzeitlicher, religiöser und kirchlicher Werte im konservativen Lager. Die berechtigten politischen Forderungen der Radikalen nach Umgestaltung des Staatenbundes in einen Bundesstaat waren getragen von unberechtigten antireligiösen und antikirchlichen Forderungen, die zugleich noch mit revolutionären Mitteln erzwungen werden wollten. Der angestrebte Bundesstaat musste den katholischen Kantonen als politisches Instrument zur antireligiösen und antikirchlichen Radikalisierung erscheinen. Deshalb lehnten sie diesen Bundesstaat ab, obgleich er innerlich berechtigt war. So spitzten sich alle Kräfte und Bestrebungen auf eine unheilvolle und tragische Weise zu, und der Kampf um die Neugestaltung des Bundes erhielt das durchaus nicht im Wesen der Sache liegende Gepräge eines Religionskrieges. Dass der politische Kampf dieses Gepräge erhielt, daran waren die revolutionären Methoden der Radikalen, ihr überbordender Extremismus, verbunden mit antikirchlichen und glaubensfeindlichen Forderungen, daran war jener von Jakob Burckhardt gebrandmarkte «Brüllradikalismus» schuld, der auch hervorragende Protestanten an die Seite der Katholiken trieb, weil sie sich von diesem religionsfeindlichen Geiste in gleicherweise bedroht fühlten. Historisches Recht und sittliches Unrecht auf der einen Seite, historisches

Unrecht und sittliches Recht auf der andern Seite standen sich in tragischem Konflikt einander gegenüber, wobei auf beiden Seiten das richtige Recht durch unrichtige politische Mittel denaturiert wurde. Mit andern Worten, Verdienst und Schuld waren auf beiden Seiten seltsam vermischt.

Aus diesem tragischen Konflikt ergab sich aber mit der Schaffung des neuen Bundesstaates und der Schaffung der neuen Bundesverfassung eine Lösung, die in erstaunlicher Weise die grundlegende Wirrnis löste. Philipp Anton von Segesser konnte den Schöpfern der Achtundvierziger-Verfassung das Zeugnis ausstellen: «Sie übten das Recht des Siegers, aber sie übten es als Staatsmänner. Die Anerkennung habe ich ihnen immer gezollt, dass sie in staatsmännischer Weise gehandelt und deshalb Frieden und Freiheit, nicht Despotie und Unterdrückung gepflegt haben.» Der neuen Bundesverfassung konnten auch die Unterlegenen im Sonderbundskriege ihre grundsätzliche Zustimmung geben. Gerade weil diese neue Verfassung einen Strich unter die Vergangenheit machte, sollte sie heute auch alles ausmerzen, was noch an die Kämpfe dieser Vergangenheit erinnert. Es gäbe kein schöneres Jubiläumsgeschenk, als wenn die Reste der Kriegsstimmung aus der Verfassung ausgemerzt werden könnten. Dieses Postulat stellte auch im «Kirchenblatt für die reformierte Schweiz» Herr Pfarrer Vogelsanger in Schaffhausen auf. Er stellt ebenfalls die seltsame Mischung von Recht und Unrecht in beiden gegnerischen Lagern vor 100 Jahren fest und sieht in der Bundesverfassung jene Lösung, die eine Aussöhnung der feindlichen Brüder ermöglichte. Dann fährt er fort, dass die klassische Reinheit der religionspolitischen Konzeption gestört werde durch die verletzenden Ausnahmeartikel für die katholische Kirche. Diese Ausnahmeartikel seien mehr als ein Schönheitsfehler, sie seien ein Unrecht und eine Verletzung des Staatsprinzips selber, das endlich wieder gutgemacht werden müsse.

Es ist in der Tat so, wie Vogelsanger schreibt. Die konfessionellen Ausnahmebestimmungen der Bundesverfassung waren sozusagen die Kriegskontribution der im Sonderbundskrieg besiegten katholischen Kantone und wurden als solche auch von Segesser akzeptiert. Die konfessionellen Ausnahmebestimmungen gehörten zu den Friedensbedingungen zur Liquidierung des Sonderbundskrieges, die dann noch verschärft wurden durch die Revision der Bundesverfassung von 1874 als Ausfluss der Kulturkampfzeit. Die Sonderbundszeit und die Kulturkampfzeit sind vorbei, und die Generationen, die diese Kämpfe bestehen mussten, sind ausgestorben. So sind die Ausnahmebestimmungen der Bundesverfassung nur Gespenster einer überwundenen Epoche, und Gespensterfurcht ist keine heroische Haltung! Diese Ausnahmebestimmungen haben heute ihren Sinn als Ausdruck der Niederlage des Sonderbundes vollkommen verloren. Wenn wir dieses Jahr das Zentennar der Bundesverfassung feiern, die heute in ihrem Grundgehalt von allen Eidgenossen anerkannt wird, dann sollte diese allgemeine Anerkennung ihren Ausdruck auch darin finden, dass man jene Bestimmungen, die ein Unrecht und eine Verletzung unseres Staatsprinzips selber sind, als solches Unrecht und als solche Verletzung allgemein zugesteht. Die Nachkommen der Sieger von 1847 haben heute eine prächtige Gelegenheit, ihren eidgenössischen Brudersinn unter Beweis zu stellen und sich von jenen grossen Ungerechtigkeiten zu distanzieren, die ihre berechtigten Tendenzen nach einer Revision des Bundesvertrages von 1815 historisch belasten.

Schuldige hat es vor hundert Jahren auf beiden Seiten gegeben. Diese Schuld könnte jetzt liquidiert werden, wenn noch nicht durch einen faktischen Revisionsakt, so doch durch eine offene Bereitschaftserklärung, an der Ausmerzung der ungerechten konfessionellen Ausnahmeartikel mitzuwirken. Damit würde das Jubiläumsjahr 1948 in eine geistige Atmosphäre erhoben, die für die innere Festigung unseres Staates nur von Vorteil sein würde.

Die staatliche Gestaltung der Eidgenossenschaft, wie sie durch die Verfassung von 1848 gefunden wurde, war der der geschichtlichen Entwicklung angemessene Weg, und rückwärtsblickend-vorwärtsschauend muss man sagen, dass der politische Gestaltungswille der massgebenden Führer des Sonderbundes, namentlich seines politischen Hauptes Constantin Siegwart-Müller, unrichtig war, weil dieser Gestaltungswille die Kräfte der historischen Entwicklung unrichtig einschätzte. Aber dieser Gestaltungswille war doch von einem grossen Gedanken getragen, dem man im Schnittpunkt zweier geschichtlicher Epochen, die durch das Jahr 1848 am deutlichsten geschieden sind (nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa), das Zeugnis einer grossen politischen Konzeption nicht versagen kann. Die alte eidgenössische Staatlichkeit war ausgesprochen konfessionell bestimmt gewesen, während die neuzeitliche Entwicklung dieses Verhältnis von Religion und Staat und demokratischer Staatsform vollkommen änderte. Diese Aenderung war mit leidenschaftlichen Kirchenkämpfen verbunden, die den Katholiken den Ausblick für eine zeitgerechte Lösung der staatspolitischen Aufgaben versperrte. Siegwart schwebte eine christlich-konfessionelle Staatlichkeit in Form einer katholischen und reformierten Schweiz auf Grund der modernen Volkssouveränität vor. Siegwart wollte, wie das Segesser aus allernächsten Beobachtung feststellte, einen neuen eidgenössischen Staat auf dem bündischen Zusammenschluss der katholischen und der reformierten Schweiz gründen. Das setzte voraus, dass sowohl die reformierte als auch die katholische Schweiz vorerst selbst Staat wurden. Es sollte eine katholische Schweiz als territorial geschlossenes Gebiet geschaffen werden, welches dann mit der «reformierten Schweiz» in ein neues übergeordnetes Bundesverhältnis treten sollte. Prof. Dr. J. Müller-Büchi, Freiburg, einer der besten Kenner der geistigen Situation jener Zeit, hat die Tragik, die dieser politischen Konzeption zugrunde lag, klar aufgedeckt: «Die Siegwart'sche Sonderbundspolitik musste in eine Katastrophe ausmünden, weil sie, statt ein fruchtbares Verhältnis der Religion zum werdenden neuen Staate anzubahnen, den schweizerischen Katholizismus in eine vollständige Entfremdung von diesem hineinführte. Das sonderbündische politische Wesen hat sich in der Tat Zug um Zug aus der Abwehr des immer radikaler werdenden Neuschweizeriums entwickelt, und beide Strömungen haben sich immer wieder gegenseitig bis zum letzten emporgesteigert.» Der geistig-kulturelle Verlust, welchen der schweizerische Katholizismus durch die Klösteraufhebungen und durch die leidenschaftliche antireligiöse und antikirchliche Bewegung erlitten hatte und weiter zu erleiden bedroht war, sollte ausgeglichen werden. Der Grundgedanke dieser Konzeption war richtig, die Mittel zu ihrer Verwirklichung waren falsch. Die Lösung, wie sie die neue Bundesverfassung brachte, war im Verhältnis zum Siegwart'schen Lösungsversuch geradezu konservativ, aufgebaut auf der historischen Tatsache der bestehenden Kantone. Diese Lösung, wie sie die Bundesverfassung brachte, war konservativ im Grundgedanken und liberal im Sinne der modernen demokratischen Volkssouveränität. Auch Siegwart schwebte eine konservativ-liberale Lösung vor, aber

sein. Konservatismus wurzelte nicht im Geschehen des 19., sondern im Geschehen des 17. und 18. Jahrhunderts, und das war sein Grundirrtum. Dass dieser Irrtum nicht verwirklicht wurde, war ein Glück für die Schweiz. Aber wir haben keinen Grund, Steine auf das Grab Siegwarts zu werfen. Die Klosterstürme und die revolutionären Bewegungen der Freischarenzüge liessen für die katholische Schweiz das Schwerste befürchten, Siegwart wollte mit der Schutzvereinigung des Sonderbundes die katholische Schweiz retten, aber die Erweiterung des Sonderbundes im Sinne seiner gesamtstaatlichen, eidgenössischen Konzeption hätte einen Bruch zwischen Katholizismus und Nation gebracht. Dass es nicht zu diesem Bruch kam, und dass der schweizerische Katholizismus sich in den neuen Bundesstaat hineinleben konnte, verdanken wir der klug

ausbalancierten Bundesverfassung, zu der auch die Schweizerkatholiken heute aus ganzem Herzen «Ja» sagen, wenn sie auch Revisionsbegehren anzumelden haben, die eine Ueberwindung der letzten Ueberreste einer unglückseligen Zeit bedeuten. Sehr schön sagt Müller-Büchi in einer Rückschau auf die Zeit von 1847/48: «Wir blicken in Ehrfurcht und Ergriffenheit auf die Männer, die damals Grosses auf unzulängliche Weise versuchten. Unser Zentenariumskranz aber sei auf die Gräber gelegt, in denen wirklich Grosse ruhen: jene, die nach der Katastrophe von 1847 die ewige Aufgabe neu aufgriffen und durch hingebende und so lange höchste Opfer erfordernde Vertretung des katholisch-konservativen Gedankens im neuen Staate von 1848 Entscheidendes zu dessen innerer Festigung beitrugen.» Nationalrat Dr. Karl Wick.

Die Epochen der neueren Geschichte

Das neue, umfangreiche und gewichtige Werk, das der bestens bekannte Berner Ordinarius für Allgemeine Geschichte, Werner Näf, uns in zwei Bänden vorlegt (Verlag H. R. Sauerländer & Co., Aarau, 1945/46), ist in mehrfacher Beziehung bemerkenswert.

Zunächst hinsichtlich des Gegenstandes der Darstellung. Es ist nicht schlechthin Geschichtsschreibung im Sinne der Beschreibung des Ablaufs der geschichtlichen Ereignisse, die nunmehr in grösserem oder geringerem Umfange, in grösserer oder geringerer Intensität in die Wirklichkeit unserer Gegenwart eingegangen sind und sie mitbestimmen; es will auch keine Weltgeschichte in dem herkömmlichen Sinne sein, in der alle Kulturvölker der Erde zur Sprache kommen. Der Verfasser hat sich vielmehr, wie er in seinem Vorwort darlegt, in den Zeiten der Vergangenheit und in den Räumen des Erdkreises ein bestimmtes Feld abgesteckt, um zwei Fragen zu untersuchen, «die heute nicht vergangen und erledigt, sondern gegenwärtig sind und vor der Zukunft offen liegen», Fragen, so alt wie die ältesten Volksgemeinschaften, die ältesten Staaten, die aber wie diese unmittelbar unserer Erlebniswelt angehören, abgewandelt in unserm Jahrtausend, heimisch in unserm Erdteil, von hier aus dann freilich einmündend in alle Geschichte, weltgeschichtlich werdend. Es sind dies die zwei politischen Fragen: Wie bildeten sich in der «neueren Geschichte», in den «modernen Zeiten» die Staaten und wie gestaltete sich die Gemeinschaft der Staaten? Das Anliegen des Verfassers geht also dahin, den Staatsbildungsprozess und die Anfänge einer Staatengemeinschaft vom Ausgang des Mittelalters — d. h. von dem Zeitpunkt an, da sich das Staatsleben auf Grundlagen zu erheben beginnt, die dem Altertum und dem Mittelalter fremd waren, wo Elemente und Antriebe wirksam werden, mit denen noch heute zu rechnen ist — bis zur Gegenwart zu verfolgen. Es ist europäische Geschichte, die uns geboten wird, die sich nach dem Masse der Ereignisse zur Weltgeschichte weitet, und eine Geschichtsdarstellung, die der Erkenntnis prinzipieller Fragen dient, die, wie Prof. Näf bemerkt, den Charakter einer politischen Typen- und Formenlehre annimmt. Der Verfasser «analysiert, auch wo er Entwicklungsverläufe erzählt», formt Begriffe, die «in der lebendigen Wirklichkeit, als deren Wesensgehalt, erscheinen sollen».

Schon diese Zielsetzung zeigt, wie Näf sein Amt als Geschichtsschreiber aufgefasst wissen will. Er weiss um die Geschichtsschreibung als «zugleich geschichte-

bildender Kraft». «Der Historiker leitet Wissen ins Leben ein; aus lebendigem Wissen soll wissendes Leben werden.» Wenn er auch, «dem Ethos der reinen Wahrheitsforschung verpflichtet», im Sinne von Tacitus' Wort «sine ira et studio» Geschichte erforscht und darstellt, so will er doch fruchtbare Geschichte schreiben, ohne auf das Niveau übler Tendenzgeschichtsschreibung herabzusinken, und bekennt sich zu seinem schweizerischen Standort, der unvermeidlich Perspektive und Wertung der geschichtlichen Tatsachen beeinflusst. Hier wird man ergänzend auch auf seinen protestantischen Standort hinweisen, von dem dasselbe gilt.

Unter dem Gesichtspunkt der Universalgeschichte wird dem Verfasser uneingeschränkt beigespflichtet werden müssen, dass die Entstehung des modernen Staates und das Werden der Staatengemeinschaft zu den wesentlichen historischen Thematika gehören. Als den modernen Staat bezeichnet er «denjenigen Staat, der als gewaltig anwachsende Macht das menschliche Leben in zunehmendem Masse politisiert, der es vom Politischen her unvergleichlich entfaltet, der es aber auch vom Politischen her zu absorbieren droht» (I/341). Damit ist zweifellos das erregendste und zentralste Problem der politischen Wirklichkeit gekennzeichnet, das aufs innigste mit dem andern, der Organisierung der Völkergemeinschaft, dem Weltstaat, zusammenhängt. Diese Aktualität der beiden Probleme, in die historische Perspektive gestellt, muss dem Werke Näfs zum vorneherein unser Interesse sichern. Es darf damit beanspruchen, als Vermittler geschichtlicher Erfahrung und Erkenntnisse ein Hilfsmittel politischer Besinnung zu sein, auf das nicht verzichtet werden kann, auch wo die Besinnung auf die religiösen und philosophischen Wahrheiten in bezug auf den Menschen und die menschliche Gemeinschaft den Primat beanspruchen. Die Lehren der Geschichte haben seit dem Altertum als hervorragende Quelle praktischer Erkenntnisse gegolten, wenn es auch freilich mit dem Lernen aus der Geschichte von jeher und besonders auch heute recht eigen bestellt ist.

Es will keine Einschränkung der Anerkennung bedeuten, die den «Epochen der neueren Geschichte» von Prof. Näf gebührt, wenn wir sein Werk als einen — weitgehend gelungenen — Versuch ansprechen. Gerade weil die behandelten Probleme von prinzipieller und umfassender Bedeutung und aufs tiefste mit der menschlichen Natur verknüpft sind, fragt es sich, ob es sich nicht gerechtfertigt hätte, die Darstellung inten-

siver, als es geschehen ist, mit der Wirtschafts-, der Kultur- und vor allem mit der Geistesgeschichte zu verflechten. Der Verfasser lässt uns allerdings nicht im Zweifel, dass es sich um eine bewusste Beschränkung handelt. Die Frage ist aber eigentlich die, ob sich die politischen Erscheinungen soweit isolieren lassen, dass sie ohne die angedeuteten Bezüge auch in ihrem geschichtlichen Ablauf sich verstehen lassen. Der Mangel wird im ersten Buch deutlicher empfunden, als im zweiten, der im wesentlichen die Konkretisierung des Gedankengutes der Aufklärungszeit in einer wirtschaftlich sich stark umwandelnden Zeit darstellt.

Der Inhalt und Gehalt des Werkes ist angesichts seines gedrängt zusammengefassten Reichtums nicht leicht in fasslichen Schlagworten anzugeben. Der erste Band enthält die beiden Abschnitte «Vom Mittelalter zur Neuzeit» und «Von der Reformation zur Aufklärung». Anknüpfend an die Lage am Ende des Altertums und der vererbenden Völkerwanderung skizziert der Verfasser zunächst das christliche Abendland bis zum 13. Jahrhundert, dann die Entwicklung bis zum 15. Jahrhundert und den Status Europas um 1500. Aus diesem Abschluss sei festgehalten, dass für Naf das, «was wir das christliche Abendland nennen: die „Reiche“, die bestehen, der Zusammenhang unter ihnen, die Kulturatmosphäre, die Glaubensgemeinschaft ihrer Völker» — dass dies alles eine Spätphase der Entwicklung aus der Antike heraus bedeutet, «die letzte Form, die die christlich gewordene Spätantike in einem Teil der Oekumene und für einen Teil ihres Wesensinhaltes gewann, nachdem die Völkerwanderung ihre Gesamtheit zerstört, nachdem germanisches Wesen ihren mittelmeerisch-römischen Charakter tief verändert hatte.» «In den Völkerwanderungsstaaten hat sich die primitive Kraft junger Völker eines einstmals feinen, nun jedoch ausgelaufenen Getriebes bemächtigt, aber nur die unentbehrlichsten Ersatzteile zu liefern vermocht. Die Spätantike hatte die Staatseinrichtung vergrößert, den Staatssinn verarmen, alle staatlichen Impulse ausserhalb der einen herrscherlichen Stelle verkümmern lassen.»

Erst im karolingischen Frankenreich gelang dann die Erhebung des Staates zu einer Form, die die vielfach deformierten Elemente des politischen Zustandes entwickelnd reinigte, belebte und verband, — doch das staatliche Bewusstsein blieb dauernd schwächer als das herrscherliche, denn einzige Quelle des Rechts und der Macht war der Herrscher. Naf zeigt sodann, wie sich dieser beamtenmässige Königsstaat, abgesehen von der Inkohärenz der einzelnen Teile, durch die in ihm enthaltenen Ansätze zum Feudalismus zersetzt. Die fortschreitende Feudalisierung lässt die Staatstätigkeit verkümmern, die Staatsgesinnung verflüchtigen.

Vom 13. Jahrhundert an erfolgt eine rückläufige Bewegung, die das Verlorene wieder sammelt in einer straffer werdenden königlichen Zentralgewalt oder in geringen Sammelpunkten, die sich zu Territorialgebilden vergrösserten; daneben aber entstehen Gemeinwesen aus genossenschaftlicher Wurzel, Städte und bäuerliche Landgemeinden, die aus Gewohnheit und Bedürfnis der Kooperation zu rechtsetzender, organbildender Tätigkeit gelangen. Im Gegensatz zum Königs- und Fürstentum entwickeln diese Bürger- und Bauernschaften von unten auf eine Staatstätigkeit, eine Staatsgesinnung, d. h. «sie geben all ihren Gliedern, allen Genossen der Genossenschaft, jenen staatsbürgerlichen Charakter, der in Selbstbestimmung und in gehorchender Unterord-

nung unter das gemeinsame Gesetz besteht. Sie bilden die vom fürstlichen Herrschaftsverband nach Grundidee und Organisationsform abweichende Staatsgemeinschaft, die Obrigkeit und Untertanen nicht auseinanderlegt, sondern aus dem Volk die Obrigkeit errichtet und diese Obrigkeit selbst dauernd dem Volke zuzählt.»

Um 1500 haben sich die ständisch beschränkte Monarchie und der republikanische Stadtstaat heranentwickelt. Das christliche Abendland selbst wird zu «Europa», das gegenüber dem Status des Mittelalters neugegliedert und vom Mittelmeer abgekehrt ist, sich neuen fernen Zielen öffnet. Die Staaten, auf der Grundlage von Land und Volk, empfinden immer deutlicher ihre Eigenart ihren eigenen Willen; ihre Geschichte beginnt sich zu individualisieren.

Der zweite Zeitabschnitt zeigt die divergierende Entwicklung der dualistischen Ordnung der ständisch beschränkten Monarchie: «die Monarchie kann sich über die Stände erheben; dann geht der Weg zum fürstlichen Absolutismus. Die Stände können aber auch beharren, die Fürstenmacht zunehmend begrenzen und selbst lähmen. Sie können sich schliesslich umbilden und zum staatsleitenden Parlament werden.» Der moderne Staat zeigt sich erstmals auf seiner Machthöhe, das Staatensystem auf der Suche nach einer Ordnung (Hegemonie oder Gleichgewicht). Beginn und Ende dieses Abschnittes sind jedoch nicht politisch, sondern geistesgeschichtlich gekennzeichnet.

Reformation und Aufklärung werden der historischen Deutung und Wertung immer Probleme aufgeben, solange nicht dafür ein einheitlicher Ansatzpunkt gefunden sein wird. Der protestantische Separatismus, die religiöse Revolution, das Abgleiten in ein geistiges und religiöses Chaos im seitherigen Verlaufe: dies alles wird derjenige anders betrachten, der den weltanschaulichen Standpunkt des Verfassers nicht teilt, sondern dem Felsen Petri die Treue hält. Aber davon abgesehen wird man sich vielleicht fragen, ob der Verfasser bei der Beurteilung der Auswirkungen auf das Staatliche, das Politische tief genug gräbt. Ganz abgesehen davon, dass die Politik, die innere wie die äussere, nun konfessionelle Vorzeichen erhielt, dass Konfessions- und Machtpolitik hüben und drüben schwer zu entwirren sind, dass der sich verbreitende Protestantismus sich leichter mit dem modernen Staat zu befreunden und zu verbinden wusste als der universal angelegte Katholizismus, dass der Protestantismus calvinistischer Spielart dem modernen Volksstaat mächtig vorarbeitete: ist durch diesen gewaltigen Einbruch des Individualismus und Subjektivismus in den bisherigen, sicher auch spannungsreichen Kosmos das Verhältnis zwischen Recht und Macht, Freiheit und Autorität nicht in verhängnisvoller Weise gestört worden? Ist es ein Zufall, dass gerade in der Folgezeit die Lehre von der Staatsräson herrschend und nicht mehr gezügelt werden konnte? Und die Aufklärung, mit ihren zahllosen Naturrechten, ihrem Vernunftkult, ihrer unvernünftigen Intoleranz gegenüber Religion und Tradition — ist sie nicht ein Kind der Reformation? Das sind einige Fragen, die sich aufdrängen bei dem Versuch von Naf, diesen Zeitabschnitt zu deuten. Und im übrigen, stehen wir nicht wieder vor denselben Lebensproblemen wie zur Zeit des absolutistischen Staates, wenn er ihn wie folgt beschreibt: «Seine absolutistische Verwaltung, sein Einheitsrecht, seine merkantilistische Wirtschaftsführung, sein steigender Steueranspruch, sein Begriff der Bürgerpflicht, seine Verheissung der Volkswohlfahrt erreichen jeden Einzelnen», nur dass die Ursachen nun irgendwo anders gesucht werden müssen?

Der zweite Band ist den beiden folgenden Abschnitten

«Vom Ancien Régime zum bürgerlichen Staat» und «Von der Vollendung des nationalen Machtstaates zu seiner Krise» gewidmet. Die Darstellung der «Grossen Revolution», d. h. der französischen Revolution, und der sich anschliessenden Revolutionierung Europas (1798—1848), auf dem Hintergrund der Bildung der Vereinigten Staaten von Amerika, mit der Entwicklung zum bürgerlichen, d. h. dem Volksstaat darf in ihrer Knappheit und Durchsichtigkeit als recht instruktiv betrachtet werden. Insbesondere darf dies gelten für die behutsame Analyse der revolutionären Situation des ausgehenden «ancien régime» und der Funktion, die das aufklärerische Naturrecht als «Erlösung aus den künstlich verschlungenen Banden des historischen Privilegienwesens» (II/13) ausübte. In welchen Variationen dann die Ueberwindung des Herrschaftsstaates und die Errichtung des Volksstaates, d. h. die Erfüllung der wesentlichen liberalen Postulate, «der Freistellung des Menschen vom Staate», der Schaffung einer staatsfreien Sphäre und der Beteiligung des Bürgers an der Willensbildung im Staate vor sich ging, sich dann mit der nationalstaatlichen Idee romantischer Herkunft verknüpfte und mit der Lösung neuer, schwerwiegender sozialpolitischer Fragen belastete: das alles hat in Näf einen hervorragenden Deuter und Darsteller gefunden.

Mit der Schilderung der Vollendung des nationalen Machtstaates und dem Zeitalter des Imperialismus, die mehr oder weniger Hand in Hand mit der Ausbildung des demokratischen Verfassungsstaates ging, rückt das Werk deutlich der Gegenwart zu, die mit den beiden Weltkriegen zum spannungsgeladenen Stadium der Krisis geworden ist. Gerade in diesem letzten Abschnitt, den Prof. Näf mit recht eindrücklichen und überlegten Ausführungen über das Problem von Recht und Macht beschliesst (II/490 f.), wird der früher angedeutete Mangel deutlich empfunden; die beinahe positivistische Betrachtungsweise, die auf die Berücksichtigung des geistigen und religiösen Befundes bei der Beurteilung des politischen Geschehens verzichtet, muss notwendig nicht nur den Eindruck des Hochdramatischen, sondern auch den des «Tragisch-Verhängnisvollen dieses Geschichtsverlaufes von 1850 bis zur Gegenwart» erwecken (II/210) — denn welche Zeit von «einer gewissen Vollendung», aufgeblasen von einem einmaligen Fortschritts- und Erfolgsbewusstsein sah sich am Ende so um ihre Ziele betrogen? Dieser Geschichtsverlauf sollte, trotz unbestreitbarer richtiger Erkenntnisse, Erfolge und Errungenschaften des Liberalis-

mus, zum Anlass werden, das Gedankengut der Aufklärung und namentlich seine optimistische Grundlage einer gründlichen Kritik zu unterziehen. In diese Richtung weist einmal die merkwürdige Entwicklung des nationalen Volksstaates zum Machtstaat (II/211 f.), die keineswegs nur Positives in sich enthaltende Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, und sodann die überraschende Entzündlichkeit der politisierten Nationen für den Imperialismus (II/298 ff.). Beide geschichtlichen Erscheinungen sind bei Näf in einer höchst anschaulichen Analyse festgehalten.

Das letzte Kapitel befasst sich mit der Zeit vom ersten bis zum zweiten Weltkrieg. Die ganze Problematik der gegnerischen Kriegsziele und -propaganda im ersten Weltkrieg und des Versuches, eine neue Friedensordnung zu errichten und damit im Zusammenhang die Krise der Staatsform und des Staatsgedankens mit der daraus erwachsenden neuen Konflagration — sie erscheinen, aus begreiflichen Gründen, schon eher skizzenhaft, aber nicht weniger zutreffend gezeichnet.

Es ist nicht zufällig, dass bei Näf am Schlusse seiner Darstellung der beiden Zeitabschnitte, deren erster durch säkulare Gewaltakte, nämlich durch Revolutionen, die neues Recht schaffen sollten, gekennzeichnet ist, seine Ausführungen dem Problem der Ueberwindung des blossen Machtgedankens, der Bändigung der Macht durch das Recht, der Schaffung eines neuen Verhältnisses zwischen Macht und Recht gewidmet sind. Er schreibt: «Dem menschlichen Geschlecht ist in der Krise der Gegenwart die Aufgabe gestellt, den Ausgleich zwischen einzelstaatlicher Selbständigkeit und ihrer Bindung in gemeinsamem Recht zu suchen und zu finden. Soll dies gelingen, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Die Einzelstaaten müssen durch Mässigung des Machtgedankens gemeinschaftsfähig werden, und die Gemeinschaft muss in sicherem Rechte stehen. Weder die eine noch die andere dieser Voraussetzungen lässt sich durch Organisation schaffen, beide verlangen einen Wandel der Gesinnung.» Es ist klar, dass dieses Postulat über das rein Politische hinausreicht; es rührt an die geistigen und religiösen Grundlagen alles Menschlichen, auch des Politischen. —

«Die Epochen der neueren Geschichte» von Prof. Näf verdienen, trotz der angedeuteten Vorbehalte, das Interesse aller, denen Geschichte und Politik mehr als nur mühsigen Zeitvertreib bedeuten, und vor allem Leser, die sich von eigenem Nach- und Ueberdenken nicht dispensieren.

Bolschewistische Kulturfront

Schostakowitsch ist ein in Sowjetrussland anerkannter und auch im Ausland sehr bekannter russischer Komponist. Als seine «Leningrader Sinfonie» Ende 1945 in der Schweiz aufgeführt wurde, beeilte man sich von linksstehender Seite zu betonen, dass es sich bei ihm um einen echten Sowjetkünstler handle. Es wurde damals auf einen Brief des Präsidenten des Verbandes der Sowjetkomponisten, Reinhold Glière, hingewiesen, der in höchsten Tönen seinen Kollegen Dimitri Schostakowitsch feiert, der so sehr «den Pulsschlag seines Landes» vernommen habe. Dieser Schostakowitsch ist kürzlich zusammen mit andern Sowjetmusikern in einem geharnischten öffentlichen Schreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zur rechtgewiesen worden, seine Musik sei «dekadent», «kunstfeindlich», huldige einem «volksfremden Formalismus» etc. Es ist der neueste Akt, mit dem Schdanow, der Sekretär des Zentralkomitees, säubernd gegen das

russische Geistesleben vorgeht. Seit zwei Jahren ist man Zeuge einer von Schdanow geführten Bewegung, berüchtigt geworden unter dem Namen «Schdanow-schtschina». Es ist wichtig zu erfahren, was hinter dieser ganzen Kultursäuberungsaktion steckt. Wir wollen das versuchen, und zwar im Rahmen einer kurzen Gesamtdarstellung der Entwicklung des russischen Geisteslebens seit der Herrschaft der Bolschewiki.

Agitprop und Pathos

Boris Lawrendiew veröffentlichte 1933 in Moskau den Roman: «Wir haben alles noch vor uns». Darin lässt er seinen Helden Kudrin, einen Künstler und Revolutionär, der nach dem Bürgerkrieg eine Fabrikdirektorenstelle übernimmt, sagen: «Während wir im Kessel brodelten, von 1917 bis 1921, dachte doch keiner von uns an seinen Beruf. Und das war richtig, — anders

ging es damals nicht. Für das Zerstörungswerk brauchte es nur Pathos und Energie... Und so, beruflos, sind wir zum friedlichen Leben übergegangen. Leichtsinng nahm man an, dass auch für den Aufbau Pathos und Energie genühten.»

Was die Sowjetkunst nach der Bürgerkriegsperiode geschaffen hat, kann man zum allergrössten Teil unter dem von ihr selbst gewählten Namen «Agitprop» zusammenfassen; es war fast alles Agitation und Propaganda für die realen Kleinaufgaben des bolschewistischen Regimes. Das gilt für das Schrifttum, die Malerei und Plastik, für Filmkunst und Theater. Wo diese Kunst über die Verherrlichung der Bolschewiki und ihrer Revolutionstaten, den Ansporn zur Arbeit und den Kampf gegen die «Reaktion» in allen ihren Arten hinauswächst, huldigt sie der Erlösung der Menschheit durch den entpersönlichten, mechanisierten Kollektivmenschen, dessen Symbol und Idol die Maschine ist. Wir hören aus der Hymne: «Wir», von M. Gerassimow: «... Die Feuersbrunst der Aufstände loht in unseren stolzen Seelen. Abgeschüttelt haben wir die Last des drückenden Erbguts, verworfen die Chimären blutleerer Weisheit. Im Namen unseres Morgen werden wir Raffael verbrennen, die Museen zerstören, die Blüten der Künste zertreten... Unsere Liebe gehört der Kraft des Dampfes und der Macht des Dynamits, dem Singen der Sirenen und dem Rollen der Räder und Walzen. Wir sind mit Metall verschwistert; unsere Seelen sind eins geworden mit den Maschinen.» Oder die Schilderung des Kollektivmenschen von D. Bednij: «Millionenfüssig; ein Leib. Das Pflaster kracht! Millionenmassen: ein Herz, ein Wille, ein Tritt! ... Sie marschieren an... Aus den Fabrikrevieren, russbehangen, aus Kerkerlöchern, kotigen Winkelgassen trat — seine Finger krümmten sich wie Zangen, zersprengt die tausendjährigen Ketten ihn umrasseln — trat jetzt der neue Herrscher auf die Strasse. Wir blutige Flecken Purpurfahnen schwenken sich über ihm. Stählerne Fäuste strecken sich hoch hinauf. Es winselt der Bürger Gebein. Er also sprach: «Das alles ist mein! ...»

Was an Künstlerkräften in Agitprop, Pathos und Energie mitschaffen wollte, durfte spontan gelten und der bolschewistischen Werbung dienen. Anderes Kunstschaffen war erstorben, in Löcher verkrochen oder doch ohne Geltung in der Oeffentlichkeit.

Ingenieure der Seele

Das wurde bald anders. Der alles umfassenden Organisation des Sowjetschaffens und -lebens musste sich auch die Kraft und Leistung des Künstlers einordnen. Es konnte keiner publizieren noch produzieren, der nicht die Billigung der Kommunistischen Partei erhalten hatte. Durch Beschluss des Zentralkomitees der Partei wurden alle Künstlerkategorien verbandsmässig zusammengefasst. Das künstlerische Schaffen wurde diesen «Ingenieuren der menschlichen Seele», wie Stalin sie einmal nannte (vielleicht im Anklang an Maxim Gorki, der den Schriftsteller einmal als «Pionier der Seele» bezeichnete) statutenmässig vorgeschrieben. Als Hauptgrundsatz galt die «Einreihung in den sozialistischen Aufbau». Diese Einreihung verlangte vom Künstler, dass er «aus seinem Bewusstsein alles das von seinen Angewohnheiten, Gepflogenheiten und Gefühlen hinauswirft, was sich als altes, untaugliches Gerümpel erweist, was das Verständnis und erst recht die künstlerische Gestaltung des neuen Menschen, des Menschen des sozialistischen Zeitalters, verhindert.» Die schöpferische Methode des dialektischen Materialismus soll den Sowjetkünstler befähigen, die

«Schaffungsmethode des sozialistischen Realismus» zu meistern und damit zu einer Darstellung zu gelangen, die imstande ist, den Menschen mitzureissen und ihn «im Geiste des Kampfes und des Aufbaues, im Geiste des Sozialismus» zu erziehen. Von Parteikonferenzen und durch Erlasse des Zentralkomitees wie der Berufsstände wurde der Künstler immer wieder an die Aufgabe erinnert, den «Kampf des Neuen mit dem Alten» im Sinne des dialektischen Materialismus in der «Stalin'schen Erklärung und Auslegung» zu führen. Die Künstlerverbände wurden angewiesen, dass sie «durch Konkretisierung der Arbeit, durch Beiseiteschieben der Lernunwilligen und Unbrauchbaren, durch Förderung der wirklich Begabten gesellschaftlich und künstlerisch allem, was zur Entdeckung und Gestaltung des Neuen trachtet, einen grösseren Aufschwung zu geben» hätten.

Charakteristisch für die so geförderte Kunst war das Bestreben, das Leben nicht so sehr in seinen individuellen, als vielmehr in seinen kollektiven Zügen zu schildern. Die Helden sind nicht einzelne Menschen, sondern die Masse in ihrer Dynamik, in ihrer revolutionären Erregung, in ihren Leiden, Verbrechen, in ihrer Begeisterung und Verzweiflung. Die psychologischen Einzeltypen, die vorgeführt werden, zeigen den neuen revolutionären Menschen, der hart ist und unsentimental. Das Mitfühlend-Menschliche wird zum Schweigen gebracht im Namen der Revolution und des Klassenkampfes.

Anlässlich des ersten Unionskongresses der Sowjetschriftsteller im Jahre 1934 schrieb Roman Rolland über die Sowjetliteratur: «Am meisten interessiert mich ihre allgemeine Linie: ich freue mich, dass die Sowjetliteratur gleichzeitig Kunst und Tat ist, dass diese Tat sich in der Kunst widerspiegelt und diese Kunst zum Scheinwerfer der sich in ihr widerspiegelnden Tat wird, dass die Kunst die Kraft der Tat wiederholt, stimuliert und mit ihren Strahlen beleuchtet.» Ähnlich andere ausländische Bewunderer. In der Sowjetunion selber war aber damals bereits eine ziemlich unverblühte Enttäuschung über die Sowjetliteratur und die ganze Sowjetkunst überhaupt in der führenden politischen Schicht sowohl wie in der ganzen gebildeten Welt offen laut geworden. Eine Ursache war, dass sich die Kunstwerke immer noch vornehmlich mit Stoffen aus den Kriegs- und Revolutionsjahren oder aus der entfernteren russischen Vergangenheit (tendenziöse Ausbeutung der Geschichte zu bolschewistischen Propagandazwecken) befassten und fast gar nicht mit der Gegenwart. Worin der Fehler gesehen wurde, soll anhand des oben bereits genannten Künstlerromans von Boris Lawrendiew gezeigt werden.

«Wir haben alles noch vor uns»

Kudrin, der kommunistische Direktor des Trusts Glas-Porzellan, behält von seiner eigenen früheren Malertätigkeit die Vorliebe für Kunstausstellungen. Er fühlt sich aber immer mehr angewidert von dem klischeeartigen, kitschigen Zeug der revolutionären Maler und Graphiker. Einmal entdeckt er jedoch eine wertvolle, ansprechende Graphik — und die stammt von einem bourgeoisen Künstler. Er quält sich in Gedanken um die Möglichkeit, das Sowjetkunstschaffen wirklich zu fördern. Lange verweilt er bei der Idee, man dürfe nicht die ganze bourgeoise Kunst einfach von der Hand weisen, sondern müsse aus ihr alles Wertvolle übernehmen und prüfen, um auf der Grundlage von der Bourgeoisie gesammelter Kostbarkeiten eine eigene Kultur und Kunst aufzubauen. Dann wieder kommt er auf den Gedanken und fühlt sich dabei

schon wieder marxistisch sicherer, die Kunst wachse wie ein selbständiger Körper aus Gedankenwelt und Begriffen eines bestimmten Zeitalters heraus und dulde weder unterdrückenden Zwang noch beschleunigende Massnahmen in ihrem folgerichtigen, normalen Wachstum. Dabei stösst er zuversichtlich die Worte aus: «Ja, ja, natürlich ist es so. Wir haben alles noch vor uns, vor uns . . .» Kudrin gibt den Direktorenposten auf und wird wieder Maler und Künstler. — Der Roman spielt so um die Jahre 1932/33.

Um diese Zeit beginnt auch eine Lockerung im russischen Kunstschaffen, Lockerung und Freiheit von oben, vom bisher alles so in fester Zange haltenden Parteiapparat. Georges Reavey sagt von der Literatur dieser Epoche, in ihr komme die grosse Ueberlieferung der wirklichen-nahen russischen Dichtung zum Durchbruch (Soviet-Literatur to-day). Die alten Klassiker kommen wieder zur Geltung, die alte Kunst zur Achtung, die neue Literatur und Kunst kann sich freier bewegen. Das dauert an bis in die Zeit des «Vaterländischen Krieges» (1941—1945) hinein.

Offensive der Kulturfront

Bald, oder man möchte fast sagen, sofort nach Kriegsende setzt wieder ein schärferer kommunistischer Kurs in der Ueberwachung und Leitung des geistigen Schaffens ein.

Ende 1945 noch treffen die Säuberungsaktionen und Beanstandungen die Presse, Volksliteratur, das Radio und die Filmindustrie. Leitende Personen werden ausgewechselt. Der dauernd wiederholte Refrain lautet, alle diese Zweige der Kulturarbeit hätten in erster Linie «die kommunistischen Grundsätze bei den Völkern der Sowjetunion zu verankern». — 1946 schaltet sich dann das Zentralkomitee der Partei höchst offiziell ein in der Person des Genossen Schdanow oder seiner Mitarbeiter. Die erste Reinigungsaktion richtet sich gegen eine Anzahl sehr bekannter Dichter, wie Michael Sostschenko, Anna Achmatowa, Fedin, Katajew und andere. Der Präsident der Schriftsteller-Gewerkschaft, Dichonow, wurde wegen mangelnder Strenge abgesetzt. Als oberster literarischer Richter waltete G. F. Alexandrow, der gelegentlich sogar den gefeierten Ilja Ehrenburg wegen überpatriotischen Eifers tadelte. Eine grosse Zahl Schriftsteller und Dichter mussten damals in der Versenkung verschwinden. — Im Juni 1947 rechnet Schdanow in einer Rede mit G. F. Alexandrow selber ab wegen seines Werkes: «Geschichte der Philosophie des Westens», der dann auch versenkt wurde. Alexandrow, der ein Jahr vorher noch selber Eiferer gegen den Formalästhetismus in der russischen Literatur und Kunst, gegen ihre Objektivität und mangelnden bolschewistischen Geist gewesen, wurde von Schdanow vor-

geworfen, es mangle seiner Geschichte der Philosophie an Offensivgeist gegenüber der europäischen Philosophie. Der Vorwurf richtet sich gegen die Mitglieder der «philosophischen Front» in der Sowjetunion überhaupt, wie ein Passus in der Rede zeigt: «Das Buch von Genosse Alexandrow hat die Zustimmung der überragenden Mehrheit der führenden Philosophiewissenschaftler in der Sowjetunion erhalten. Es erhielt zahlreiche begeisterte Besprechungen. Kein einziger Protest dagegen ist laut geworden. Und es brauchte schliesslich das Eingreifen des Zentralkomitees und von Genossen Stalin persönlich, um die Schwächen des Buches aufzudecken.» — Neuesten Datums ist nun die Säuberung unter den Musikern, mit der Schdanow bekannte Vertreter wie Schostakowitsch, Prokofiew, Chatschaturjan massregelte.

Das Wiederanziehen der Zügel schien, als es Presse und Volksschrifttum, Radio und Film betraf, gar nicht so schwer begreiflich. Aus der Lässigkeit vor dem Krieg wurde eine unvermeidliche Lockerung während des Krieges. Der Krieg wurde geführt und gewonnen im Namen des Kampfes gegen faschistische Diktatur und für demokratische Freiheiten. Die Sowjetunion, selber Diktaturstaat, musste im Interesse der eigenen Existenz die Zügel wieder scharf anziehen. Das organisatorische Mittel dabei war die Kommunistische Partei und die Staatspolizei. Das geistige Mittel, mit dem die «Diktatur des Proletariats» sich überhaupt rechtfertigen kann, der Marxismus und die kommunistischen Grundsätze; gegenüber der eigenen Bevölkerung mussten beide wieder betont werden.

Die eigentliche «Schdanowtschina» hat aber bestimmt eine Ursache, die über den Rahmen des eigenen sowjetrussischen Volkslebens hinausgeht. Damit ist die Sowjetkultur (d. h. ihre kommunistischen Dirigenten) zur Offensive gegenüber der europäischen Kultur übergegangen. Die Offensive hat sich zu richten gegen den «imperialistischen», «kapitalistischen» «entarteten» Westen. Literatur, Kunst und Philosophie darf sich in keinem Fall unterstehen, irgendwie objektiv und apolitisch zu sein. Literatur, Kunst, Wissenschaft aller Art und Philosophie sind alles Teilfronten, an denen der Kampf gegen westliche Zivilisation mitgeführt werden muss, sei es der kalte Krieg, der den Gegner lähmt und zurückweichen lässt, sei es der blutige Krieg, den es zu gewinnen und auf jeden Fall vorzubereiten gilt.

Der Aesthet wird in all dem Geschehen tyrannische Barbarei sehen, der Wissenschaftler hirnwütige Bremsklötze gegen allen Fortschritt, der Philosoph unbegreifliche Einmischung der Politik ins Reich der Wahrheitsforschung, der Bolschewist sieht es kaltblütig als konsequentes Mittel zu seinem Kampf.

Die Kirche und das Schulwesen in Ungarn

Seitdem der Generalsekretär der kommunistischen Partei in Ungarn, Rákosi, zu Beginn des Jahres erklärte, dass die Hauptaufgabe der «Demokratie» im Jahre 1948 die Vernichtung der «Reaktion» der katholischen Kirche ist, mehren sich von Tag zu Tag die Angriffe gegen den Katholizismus. Vorläufig werden die Angriffe gegen zwei Hauptpunkte konzentriert, gegen die Person des Kardinals Mindszenty und gegen die katholischen Schulen. Die katholischen Schulen werden als antidemokratisch, reaktionär und unzeitgemäss gebrandmarkt und man verlangt laut ihre «Liquidierung». Es wird daher nicht uninteressant sein, die Vergangenheit und Gegenwart des katholischen Schulwesens in Ungarn kennen zu lernen.

Die Kirche war wie anderswo die Gründerin der ungarischen Schulen. Von der Zeit von St. Stephan bis zum XIV. Jahrhundert waren die Geistlichen die Erzieher des Volkes, die Pfleger des höheren Unterrichtes und vom Ende dieses Jahrhunderts 200 Jahre hindurch (1367 bis 1545) bis zum Beginn der Türkenherrschaft, sogar Leiter des Universitätsunterrichtes. Städtische Schulen findet man erst im XIV. Jahrhundert, doch waren auch in diesen die Leiter und Lehrer hauptsächlich Mönche. Das ungarische Schulwesen entwickelte sich aus den Pfarr-, Dom- und Ordensschulen. Seit der Reformation spielten die protestantischen Schulen auch eine bedeutende Rolle und neben diesen entwickelten sich in Ungarn die grossartigen

Schulen und Institute des Jesuitenordens. Bis zur zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts nahm der Staat am Unterrichtswesen keinen Anteil. Die Auflösung des Jesuitenordens, die Idee des Absolutismus, hatten zur Folge, dass der Staat auch seinen Anteil an der Leitung des Unterrichtswesens forderte. Die erste Regulierung dieser Frage war die durch Kaiserin Maria Theresia herausgegebene «Ratio Educationis». Mit ihr endete die ausschliessliche leitende Rolle der Kirche, doch nicht ihre dominierende Stelle im Unterrichtswesen. Die hervorragendsten Schulen und Lehrer kamen auch weiterhin aus den katholischen Instituten. Die jetzige Universität der Wissenschaften in Budapest, ursprünglich in Nagyszombat, später in Buda, ist die Gründung des berühmten Kardinal Pázmány. Die absolutistische Regierung Joseph des Zweiten löste viele katholische Schulen auf, doch machte im Anfang des XIX. Jahrhunderts Kaiser Franz der Erste neben den bis dahin ungestört tätigen Piaristen-Instituten, auch den Benediktinern, Zisterziensern, Prämonstratensern, die Aufrechterhaltung katholischer Schulen zur Pflicht. Diese Schulen wurden mit den erneuerten Jesuiten- und Franziskaner-Schulen sowohl, als mit den vielen Frauenschulen der Klöster die hervorragendsten Schulen mannigfaltigster Typen des ungarischen Schulwesens. Ohne sie wäre das System des öffentlichen Unterrichtswesens in Ungarn undenkbar. Selbst die Volksschulen sind hauptsächlich auf konfessioneller Grundlage aufgebaut und gehören zu den beliebtesten Schultypen.

Folgende Institute werden auch heute von der katholischen Kirche aufrechterhalten:

Eine Akademie der Rechte (in Eger, die zu einer katholischen Universität reorganisiert wird); zwei pädagogische Seminare für Mittelschullehrer, sieben für Volksschullehrer und 26 für Volksschullehrerinnen, 35 Knabengymnasien, 14 Mädchengymnasien, 92 Bürgerschulen, 3 Seminare zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen, 2 Frauenschulen, 4 landwirtschaftliche Mittelschulen, 8 technische Mittelschulen, 10 Handelsschulen, 9 Handelsfachfortbildungskurse, und — last but not least — 2828 Volksschulen. Im ganzen also 3141 Institute. Ausserdem sind da noch — neben der theologischen Fakultät der Budapester Universität — die Pfarr- und Ordensschulen, mehrere katholische Lehrinstitute, unzählbare Kindergärten und andere sich mit der Erziehung befassende Einrichtungen. Die Kirche jedoch nimmt auch an der Weiterentwicklung der modernsten Erziehungsinstitute teil. Sie erkämpfte sich eine leitende Rolle in den von der jetzigen Regierung ins Leben gerufenen sogenannten «allgemeinen Schulen», schon im ersten Jahr konnte die Kirche mehr allgemeine Schulen eröffnen, als der Staat selbst. Ausserdem gründete die Kirche schon im Schuljahr 1945—46 an 8 Orten 4 gymnasial-, 1 bürgerliche, 2 handelsmittel- und 1 Handelsfortbildungskurs — «Schule der Arbeiter». Diese Zahl ist seither noch gewachsen. Endlich müssen die katholischen «freien Universitätskurse» erwähnt werden, von denen schon jetzt mehrere in Budapest und auf dem Lande tätig sind.

Dieser ausserordentliche Erfolg ist umso mehr bemerkenswert, als die sogenannte Land-Reform, resp. die

Land-Verteilung die katholische Kirche und die katholischen Schulen ihres ganzen Existenzfonds beraubte. Die katholischen Schulen wurden teilweise aus dem sog. Zweckvermögen der Unterrichtsorden, teilweise aus den andern Kirchenpfünden aufrechterhalten. Viele Jahrhunderte hindurch verwendete die Kirche das Einkommen ihrer Pfründen für den Unterrichtszweck, vom Universitätsunterricht an bis zu den einfachsten Dorf-Volksschulen. Es ist ein beispielloses Opfer, das der Katholizismus brachte, als er einen bedeutenden Teil seines Einkommens, das er für seine eigenen Zwecke hätte brauchen können, der Allgemeinheit zur Verfügung stellte. Dazu gesellt sich das Zweckvermögen der Lehrorden, im ganzen 203,756 Katastermorgen. Kaum etwas blieb von alledem übrig, da ihnen vielfach nicht einmal die durch die Landreform zugesicherten 100 Katastermorgen gelassen worden waren. Im selben Masse natürlich hörten auch die anderen Einkommen der Kirche auf. Hier also wurden nicht nur, um die Landlosen zu Land kommen zu lassen, der Kirche die Produktionsgebiete, Aecker usw. genommen, es wurden ausserdem zu Gunsten des Staates auch Wälder, Röhrichte, Teiche, Fischwirtschaften usw. vorläufig ohne jeden Schadenersatz, expropriert. Das Gesetz verspricht zwar einen geringen Schadenersatz, doch ist dies zurzeit illusorisch. Vorläufig ist kein Rappen vergütet worden. Nach langen Kämpfen gelang es soweit zu kommen, dass der Staat als Uebergangslösung das Gehalt des Lehrpersonals der weltlichen und kirchlichen Schulen auf sich nahm. Diese Summen sind jedoch so gering, dass sie nicht einmal den Lebensunterhalt bestreiten. Ausserdem trägt der Staat in geringem Masse zu den sachlichen Kosten der Schulen bei. Die Erhaltungskosten der so populären katholischen Schulen sind aber damit noch lange nicht gesichert. Die Kirche beabsichtigt von den exproprierten Ackerfeldern und anderen Produktionsgebieten nichts von den neuen Besitzern zurückzufordern, sie verlangt nur einen anständigen Schadenersatz und betrachtet die Expropriierung ihrer Wälder zu Gunsten des Staates als ungerecht. In dieser Frage ist die ungarische Gesellschaft mit der Kirche ganz und gar solidarisch. Dies bezeugten nicht nur die allgemeinen und einstimmigen Proteste gegen die Einführung des bei uns so unbeliebten fakultativen Religionsunterrichtes, vor welchem sogar die extremste marxistische Partei sich schleunigst zurückzog, sondern auch dieser volksabstimmungsgleiche Andrang, mit welchem die Eltern, im vorigen Jahr, sowie dieses Jahr, und ohne Klassenunterschied, die Konfessionsschulen, und zwar katholische und protestantische gleicherweise, bestürmten. In dieser Frage besteht überhaupt eine vollständige Harmonie zwischen den katholischen und protestantischen Kirchen und die Sache des Religionsunterrichtes und der Konfessionsschulen verteidigten die Katholiken und Protestanten gemeinsam und werden es auch in Zukunft tun. Das katholische Unterrichtswesen und seine Institutionen gehörten in der Vergangenheit zu den Fundamenten der ungarischen Kultur und das ungarische Volk wünscht, dass es seine Rolle auch in der Zukunft beibehalte.

Woher die vielen Sekten?

Wir werden in nächster Zeit hier einige lexikonartige Artikel bringen, die zu einer grundsätzlichen oder ganz aktuellen Frage Stellung nehmen. Es kommt uns dabei nicht so sehr darauf an, alle Feinheiten aufzuzeigen, als die Gesamtfrage aufzuwerfen und die katholische Lösung vorzulegen.

1. *Begriff.* Sekte (lateinisch secta von sequi = folgen, jemandes Partei ergreifen) bezeichnete im alten Rom die philosophische Schule auch die politische Partei. — Im Neuen Testament bezeichnet Sekte eine besondere religiöse Richtung innerhalb einer religiösen Gemein-

schaft, z. B. die Pharisäer (Apg. 26, 5), eine Abspaltung von einer religiösen Gemeinschaft (Apg. 24, 5, 14), insbesondere die Abspaltung von der Kirche Christi durch Irrlehren (Gal. 5, 20; 2. Petr. 2, 1). In dieser Bedeutung kam das Wort in den christlichen Sprachgebrauch. — Im übertragenen Sinn werden auch Sonderbildungen anderer Religionen als Sekten bezeichnet.

Man unterscheidet christliche Sekten im weiteren und engeren Sinn.

a) Eine christliche Sekte im weiteren Sinn ist jede auf religiösem Individualismus beruhende kirchliche Sonderrichtung, die der wahren Kirche Christi widerstreitet und als Sondergruppe ein Eigendasein führt. Diese Sekten sind entweder häretische Sekten, wenn sie eine Glaubenslehre der Kirche leugnen, oder schismatische Sekten, wenn sie sich durch Ablehnung der von Christus gesetzten kirchlichen Hierarchie und Autorität von der Einheit der Kirche getrennt haben (Codex Juris Canonici 542 n. 1; 765 n. 2; 1065).

b) Im engeren, heute ausschliesslich gebrauchten Sinn, besagt Sekte eine Sondergruppe von «Auserwählten», die sich nach Ursprung und Zielsetzung dem Universalismus der Kirche entgegensetzt.

Die wahre Kirche soll Menschheitskirche sein. Wie Christus für die gesamte Menschheit gestorben ist, so will auch die Kirche Christi alle Menschen zum Leben führen (Matth. 28, 19; Mark. 16, 16). Zum Wesen der Kirche gehört darum der religiöse Universalismus, der so weit reicht als die Erlösungstät Christi. Die Weltkirche will aber auch die grosse Erzieherin der Gesamtmenschheit sein, ihr kulturelles Leben mit der Wahrheit Christi durchdringen. Darum ist sie kulturfreundlich, lebensnah, kulturfördernd.

Die Sekte will für gewöhnlich aus der «ganz und gar bösen» Welt eine kleine Schar Auserwählter sammeln, um sie als «unbefleckte Gottesgemeinde» nach dem Vorbild der Urkirche Christus bei seiner Wiederkunft entgegenzuführen. Ein weltabgewandter, kulturfremder Zug ist ihr oft eigen. Als «Gemeinde von Auserwählten» überspannt sie meistens gewisse sittliche Forderungen, besonders hinsichtlich sonst indifferenten Handlungen. Aus einem solchen ethischen Rigorismus entstehen vielfach pharisäische Selbstgerechtigkeit, schwärmerische religiöse Sicherheit und jene dunkelhafte Unbelehrsamkeit, mit der die Bibel willkürlich erklärt, an eigenartigen Lehren trotz festgehalten und die Weltkirche fanatisch bekämpft wird.

Die Sekten im eigentlichen Sinn unterscheiden sich also nicht nur von der katholischen Kirche, sondern auch von jenen christlichen Gemeinschaften, die sich zwar durch Irrlehre und Schisma von der katholischen Kirche getrennt haben, z. B. die reformierte Kirche, aber doch als Volkskirchen in ihrer universalistischen Absicht mit der wahren Kirche übereinstimmen.

Aus dem Gesagten ergibt sich folgende Definition von Sekte: Sekte ist eine christliche Gemeinschaft, die sich nicht, wie die wahre Weltkirche Christi oder wie andere Volkskirchen, an die gesamte Menschheit wendet, sondern nur an «Auserwählte»; die als «Auserwählten»-Kirche einem ethischen Rigorismus, religiöser Schwärmerei und Proselythenmacherei verfallen ist; die mit hochmütigem Fanatismus an gewissen Sonderlehren festhält und oft in der Erwartung der baldigen Endzeit und der Wiederkunft Christi kulturfeindlich eingestellt ist.

c) Von protestantischer Seite sind in neuester Zeit andere Definitionen vorgebracht worden. In einer Flugschrift: «Was sind Sekten?» (Zwingli-Verlag Zürich) heisst es: «Das Wesen der Sekte ist nach dem Neuen Testament die Irrlehre.» Die Irrlehre aber ist die «Religion des „Und“». «Christus und Gesetz», «Christus und Werk», das ist Irrlehre. «Sektierer sind Leute, die auf die Worte eines irdischen Meisters schwören» (S. 8). Darum ist auch die katholische Kirche eine Sekte. Denn sie sagt «Schrift und Tradition» (S. 10). — Im Zwinglikalender 1938 heisst es: «Gedacht ist bei „Sekte“ immer an Leute, die einem irdischen Meister nachlaufen».

Antwort: Angenommen, der Wesensunterschied von Kirche und Sekte liege in der Unterscheidung: «Christus allein folgen» und «neben Christus noch eine menschliche Autorität anerkennen», ist dann die katholische Kirche eine Sekte oder müsste

man nicht eher die protestantische Kirche eine Sekte nennen? Denn das Lehramt der Kirche ist nicht eine in sich ruhende menschliche Autorität, sondern eine von Gott gesetzte Autorität, die die Offenbarung durch alle Jahrhunderte weiterzutragen hat. Die Kirche schiebt sich nicht verdunkelnd zwischen Christus und Menschen, sowenig die Evangelien und Apostelbriefe, dieses Gotteswort in menschlichem Sprachkleid, sich zwischen Christus und den Menschen schieben. Fragen wir: Hat der Protestant eine ungetrübtere Sicht Jesu Christi, der nun einmal nicht mehr unmittelbar zu uns spricht? Der Protestant weist uns auf die «Schrift allein» hin. Aber die Schrift legt sich nicht selber aus. Und so muss gerade der Protestant zu einer menschlichen Autorität greifen.

Der protestantische Professor W. Köhler schreibt: «Was setzte Luther als Interpretationsprinzip an Stelle der Tradition? Formell das: Die Schrift legt sich selber aus. Sachlich und tatsächlich aber, da sie sich nicht selber auslegt, seine eigene Dogmatik.» Der protestantische Religionsphilosoph Friedrich Paulsen sagt: «Es blieb den Reformatoren nichts anderes übrig, als ihre eigene Autorität an Stelle der Autorität des Papstes und der Konzilien aufzurichten.» Ein Lehramt ist notwendig! Luther sagte selbst in der ersten Psalmenvorlesung: «Den Geist des Gesetzes hat Gott nicht in das auf Papier Geschriebene gesetzt, sondern in die den Aemtern vorgesetzten Menschen, damit es aus ihrem Munde vernommen werde. Was wäre sonst dem Teufel leichter, als den zu verführen, der in der Schrift sein eigener Lehrer sein will...? Ein einzig falsch verstandenes Wort kann den Sinn der ganzen Schrift verdrehen» (von Luther unterstrichen!). «Wenn nicht im Lehramt durch einen lebendigen Menschen die Lehre verkündet wird, wird es soviel Lehren als Köpfe geben.»

Wenn also diese protestantische Ansicht über das Wesen der Sekte streng angeführt wird, hat sich der Protestant «im eigenen Netz gefangen».

2. Ursachen der Sektengründungen. Meistens hängen die Ursachen der Sektengründung mit der religiösen Entwicklung des betreffenden Sektengründers zusammen, die ihrerseits oft wieder bedingt ist durch die religiösen und sittlichen Zustände einer Zeit und eines Landes. Eigenwille, Hochmut, Geltungsdrang liegen häufig dann vor, wenn die neugegründete Sekte einen unmittelbaren Abfall von der wahren Kirche darstellt. — Verschiedene moderne Sekten, die bereits aus Sonderkirchen hervorgegangen sind, haben ihren Grund in dem ehrlichen Suchen nach der verlorenen Wahrheit und nach tieferem religiösem Leben. — Zumeist sind sie aber die konsequente Weiterentwicklung eines übernommenen Irrtums. Besonders das protestantische Bibelprinzip, die individuelle Auslegung der Schrift, hat das Sektentum stark gefördert. Schon Luther musste mit Schmerz diese Entwicklung feststellen: «Noch bin ich am Leben, und schon sind falsche Brüder, die meine Lehre stark wider mich führen. Was nach meinem Tod?» — Der Schweizer Protestant Adolf Keller schreibt: «Der Protestantismus ist vom Prinzip der Differenzierung beherrscht. Es hat ihn zersplittert, pulverisiert, in eine Unzahl von Kirchen, Gemeinschaften, Sekten. Es schuf Kirchen, aber keine Kirche» (Dynamis. Formen und Kräfte des amerikanischen Protestantismus, 1922, S. 16).

3. Anzahl der Sekten. Da in den amtlichen Zählungen der Begriff Sekte in den verschiedenen Ländern ganz verschieden gebraucht wird, ist es schwer, statistische Zahlen anzugeben. Die Vielfalt der Sekten zeigen aber schon folgende Angaben: In der Schweiz zählt die Stadt Zürich allein über 40 Sekten. — In der deutschen Volkszählung von 1933 wurden offiziell über tausend Sekten verzeichnet. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden in Deutschland nach Angabe der Cip vom 17. Dez. 1946 über 900 Sekten gezählt, davon allein 305 christliche. — Das sektenreichste Land ist Amerika.

Lit: C. Mayer, Sekte und Kirche (1933). — W. Köhler, Wesen und Recht der Sekten im religiösen Leben Deutschlands (1930). — J. Busch, Das Sektentum (1930). — K. Algermissen, Konfessionskunde (1930).

Ex urbe et orbe

Mit seltener Einmütigkeit hat die nicht-kommunistische Welt auf die Vorgänge in Prag reagiert. Einmütig verurteilt man die ruchlose Vergewaltigung eines Volkes, das eben erst seine Freiheit wieder erlangt hat, ebenso einmütig beurteilt man die Situation, die sich aus diesen jüngsten Ereignissen ergibt. Wir wollen unsere Leser nicht langweilen mit der Wiederholung von Berichten. Trotzdem können wir es uns nicht versagen, die uns wichtig scheinenden Äusserungen knapp und übersichtlich zusammenzustellen, handelt es sich doch darum, Ereignisse solchen Ausmasses und noch mehr ihre Verurteilung und Beurteilung im Gedächtnis unserer kurzlebigen Zeit festzunageln, einer Zeit, die sich langsam daran gewöhnt hat, auch das aussergewöhnliche und unheimlichste Geschehen nach kurzer Zeit wieder zu vergessen.

1. Die einmütige Verurteilung der Vorgänge in der Tschechei.

An erster Stelle seien hier die ausländischen Stimmen registriert. Am bedeutungsvollsten ist wohl die Erklärung, die schon am 26. Februar (also überraschend schnell!) von den Regierungen der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Frankreichs abgegeben wurde:

«Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Grossbritanniens haben mit Aufmerksamkeit den Lauf der Ereignisse verfolgt, die sich in der Tschechoslowakei abwickeln und welche das Bestehen der Grundsätze der Freiheit bedrohen, die von allen demokratischen Ländern befolgt werden. Sie stellt fest, dass im Verlaufe einer künstlich und absichtlich provozierten Krise bestimmte, bereits mehrfach angewandte Methoden benützt wurden, um die freie Tätigkeit der parlamentarischen Institutionen einzustellen und die Diktatur einer einzigen Partei zu errichten, welche sich die Regierung der nationalen Einheit nennt. Die Regierungen können eine solche Entwicklung nur verurteilen. Die Ereignisse dieser Entwicklung könnten für das tschechoslowakische Volk nur unheilvoll sein. Dabei hat das tschechoslowakische Volk während der Leiden des zweiten Weltkrieges seine Anhänglichkeit an die Sache der Freiheit bewiesen.»

Ebenso schnell folgten die skandinavischen Staaten, die im Hinblick auf die heikle Situation Finnlands die Schwierigkeiten ihrer eigenen Lage sehr deutlich spüren: Norwegens Ministerpräsident Gernardson erklärte in einer Rede: «Wir haben uns mit dem tschechoslowakischen Volke eng verbunden gefühlt, und was jetzt in seinem Lande vor sich geht, hat daher im unsrigen Angst und Unbehagen ausgelöst. Die Kommunisten dürften sich als einzige darüber freuen. Wir sehen keine andere Erklärung, als dass die Kommunisten nicht das Ergebnis freier Wahlen abwarten können. Die Gefahr, die immer von der kommunistischen Partei ausgeht, kann Norwegens Freiheit und Unabhängigkeit bedrohen. Daher müssen wir zur Sicherung von Demokratie und Recht in erster Linie die kommunistische Partei und ihren Einfluss so stark als möglich einschränken.»

In ganz Skandinavien fanden Protestversammlungen statt, wobei entsprechende Resolutionen gefasst wurden gegenüber den kommunistischen Parteien im eigenen Land. Es gibt ja Kreise, die wissen wollen, der nächste Schlag Moskaus erfolge nicht gegen Griechenland oder Oesterreich, sondern gegen diese Staaten des nördlichen Nordens, um die russische Position auf den Weltmeeren zu stärken.

Die Reaktion der Benelux-Länder zeigte sich weniger in öffentlichen Kundgebungen und Erklärungen, dafür aber umso überzeugender in Brüssel, zusammen mit den Vertretern Grossbritanniens und Frankreichs, wo man beschleunigt auf den Fünfmächte-Westpakt hinarbeitet.

In Italien, wo der verhasste Kampf mit dem Kommunismus immer mehr der Entscheidungssphase zudrängt, machte De Gasperi in seiner Wahlrede zu Ancona auf die steigende Gefahr aufmerksam: «Man versucht umsonst zu verbergen, dass auch in Italien hinter der Volksfront mannigfache Aktionskomitees vorbereitet werden... Man versucht die Substanz der Demokratie mit nur formell demokratischen Mit-

teln auszuhöhlen, um die Macht zu erobern, den Parteistaat, den jede Freiheit tötenden Totalitarismus» (29. Febr.).

Zu allen diesen mehr oder weniger offiziellen Kundgebungen gesellen sich unzählige Proteste von Journalistenverbänden, Studentenorganisationen und einzelnen Parteien. Vor allem die sozialdemokratische Partei beeilt sich, die letzten Verbindungen mit dem alles aufzehrenden Milchbruder abzubrechen. Sie weiss jetzt, worum es geht: «Der bolschewistische Stiefel zertritt alles» schrieb z. B. die rechtssozialistische «Umanità» in Italien.

Ungewohnt scharf hat diesmal auch unsere schweizerische Öffentlichkeit Stellung bezogen. Es sind hier freilich nicht in erster Linie die eidgenössischen Parlamente, die ihrem Abscheu über die Versklavung eines Landes offiziell Ausdruck geben. In einem politisch neutralen und wirklich demokratischen Lande spiegelt sich die wahre Meinung noch ungebrochen in der Presse.

Sämtliche Universitäten des Landes haben öffentliche Demonstrations-Kundgebungen veranstaltet. Die Zürcher Studentenschaft nahm dabei eine Resolution an, in der es u. a. heisst: «Mit Empörung stellen wir fest, dass die Grundlagen des uns befreundeten, bisher demokratischen Staates erschüttert und dabei die fundamentalen Rechte des Menschen auf die freie Meinungsäusserung, auf Gewissens- und Gesinnungsfreiheit, sowie auf Freiheit der politischen Willensbildung durch die Anwendung von Gewalt auf das schwerste bedroht sind».

Mit grosser Genugtuung wurde vor allem das Telegramm, das Nationalrat Bringolf im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des National- und Ständekongresses an den Ministerpräsident Gottwald richtete, aufgenommen, in welchem er ebenfalls von der «berechtigten Empörung» spricht, mit der man die Nachrichten vom Umsturz vernommen habe.

Diese Haltung eindeutiger Verurteilung wurde unterstrichen durch die Erklärung des Regierungsrates von Basel-Stadt, die sich gegen die «Siegfeier» der Basler Kommunisten (PdA) wendet:

«Er empfindet diese Feier als einen Faustschlag, der jedem Bewohner unseres Kantons, in dem das Gefühl für Freiheit und Menschenrecht nicht erstorben ist, und der nicht davon träumt, Andersdenkende durch Gewalt und Terror unterdrücken zu können, aufrütteln und ihn zum entschlossenen Widerstand gegen die Versklavung unseres Volkes aufrufen muss...»

Auch der Genfer Grosse Rat gab seiner Entrüstung Ausdruck darüber, dass Nicole, Präsident der PdA, ein Glückwunschtelegramm an Gottwald gerichtet hatte. «Die Unterwürfigkeit gegenüber einer fremden Ideologie, die sich auf solche Weise äussert, rechtfertigt in vollem Umfange die Erklärung des Bundesrates Petitpierre, man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich gewisse Führer der PdA mit Haut und Haaren einer ausländischen Propaganda verschrieben hätten». — (Man wird gut tun, sich daran zu erinnern, dass, trotz der geringen Mitgliederzahl und einer durch ständige Skandale geschwächten moralischen Position, eine Partei, die fanatisiert ist, wenigstens Quislinge und Fierlinge zu stellen vermag, die im Augenblick der Gefahr das Land verraten.)

Die stärksten Worte der Verurteilung aber fand — zum Erstaunen mancher früherer Leser — «Die Nation» in ihrem Leitartikel vom 3. März, betitelt: «Verflucht, wer mit dem Teufel spielt»; «Es sind die gleichen Methoden, mit denen die Horden Hitlers an die Macht gelangten, dieselben Horden, unter welchen das in der Geschichte immer wieder so schwer geprüfte tschechoslowakische Volk besonders zu leiden hatte. Die roten Tyrannen haben die braunen Tyrannen abgelöst. Welch frevelhafter Missbrauch wird wieder mit dem Worte Demokratie getrieben! Welche satanische Umwertung der Werte, welche höllische Verdrehung der Begriffe in ihr Gegenteil!... Nochmals wurde jetzt in der Tschechoslowakei die Freiheit des Volkes meuchlings gemordet und die wahre Demokratie vergewaltigt... Welch unverschämte Lüge bedeutet es doch, wenn heute der Diktator Gottwald behauptet, das Volk habe den Umsturz gewollt. Was das

Volk wollte, das hätten die Wahlen, aber nicht das Gebrüll der fanatisierten und organisierten Strasse gezeigt.»

Alle diese Erklärungen und Kundgebungen in den verschiedensten Ländern zeigen überklar, dass jene Völker, die überhaupt noch die Möglichkeit einer freien Willensäußerung besitzen, das Terrorsystem des Kommunismus ablehnen, sein Vorgehen einhellig verurteilen. Es sind Zeugnisse, die unbedingt aufbewahrt werden müssen, weil vielleicht eine nicht allzuferne Zukunft ihren Wert beseitigen möchte.

2. Die Beurteilung der neuen Situation.

Die Politik blosser Proteste gegen die braune Diktatur hat 1939 den zweiten Weltkrieg heraufbeschworen. Heute, zehn Jahre später, dürfen wir konstatieren, dass die freien Völker aus dieser Erfahrung klüger geworden sind. Man bleibt nicht bei der Verurteilung der bolschewistischen Machtpolitik stehen. Zwar haben die Westmächte ihre Diplomaten nicht aus den neuen Diktatur-Demokratien abberufen, wie man dies früher getan hätte, denn auch die Sowjetunion hat in allen Ländern heute Beobachterposten mit grossen Mitteln ausgebaut. Aber man beurteilt die Lage nicht mehr mit dem sträflichen Leichtsinne wie 1939, und man ist sogar bereit, die praktischen Folgerungen aus der ernsten Beurteilung zu ziehen.

Die Gefahr der Situation wird nüchtern festgestellt. Das englische Oberhaus, das sonst nicht schnell an äusserste Massnahmen denkt, hat in seiner aussenpolitischen Debatte solche nicht unerörtert gelassen.

«Die Gefahr eines dritten Weltkrieges, die Notwendigkeit, den Westen militärisch und wirtschaftlich zu mobilisieren, der Abwehrkampf gegen die kommunistische Infiltrierung in Gewerkschaften, Parteien und Nationen diesseits des ‚Eisernen Vorhanges‘, das waren die Themen, die von sämtlichen Rednern behandelt wurden. Es war auch deutlich zu erkennen, dass sich aller Augen auf die Elbe und den Po richteten. Im Unterschied zu früheren Debatten klang diesmal ein kriegerischer Ton an, eine kräftige Bejahung von Militärbündnissen» (Bericht der NZZ vom 4. März, Nr. 469.)

Aufsehen erregten besonders die Worte von Lord Pakenham: «Wie kann die Welt ohne Krieg vor dem Kommunismus gerettet werden, da wir sie nicht ohne Krieg vor dem Nationalsozialismus retten konnten? . . . Letzten Endes werden wir bei den Bemühungen, auf die Gesinnung der Herrscher Russlands und seiner Satelliten zu wirken, Erfolg oder Misserfolg haben, je nachdem wir in den noch freien Ländern Erfolg oder Misserfolg haben.»

Auch in Amerika herrscht eine ähnliche pessimistische Beurteilung der Lage. Die Generäle haben von dieser ihrer Sicht nie einen Hehl gemacht, auch die Atom-Energiekommission nicht, und Präsident Truman selbst wusste, warum er den General zum Aussenminister ernannte. Aber wichtig ist in Amerika die öffentliche Meinung, die während des Krieges und im ersten Nachkriegsjahre so russenfreundlich war. Und diese hat nun gründlich umgeschlagen. Die NZZ berichtet, wie das «Denken in Vorkriegsanalogien» fast allgemein wurde, wie man über die Politik blosser Wirtschaftshilfe einen Militärpakt als fällig betrachte.

3. Die Abwehrhaltung

Eine solche Beurteilung der Situation führt notwendig zu einer entschlossenen **Abwehr-Haltung**. Man glaubt zunächst nicht mehr an die Möglichkeit von Verträgen mit Russland und den Ost-Staaten. «Solange es noch eine demokratische Regierung in Prag gab, solange galten irgendwie auch die Russen als Menschen, mit denen man verhandeln konnte. Heute aber, nach der, wie es scheint, sinnlosen Erwürgung der demokratischen Regierung in Prag, erscheinen die Vertreter Moskaus als Menschen, mit denen man sich bei allem guten Willen einfach nicht mehr verständigen kann . . . Man ist entweder prorussisch, d. h. für die Niederwalgung aller Persönlichkeitsrechte, für die Erledigung der Demokratie im überkommenen westeuropäischen Sinn . . . oder aber man ist Westeuropäer, d. h. bereit, sich mit allen Mitteln gegen die Expansion des Ostens zu wehren . . .» (Weltwoche, 5. März 1948.) Und wiederum, wenn möglich noch schärfer, sekundiert die «Nation»:

«Wer sich mit den Kommunisten auch nur im geringsten einlässt, der ist verloren. Die Kommunisten zerspalten, zersetzen, durchlöchern und unterhöheln mit eiskalter Berechnung alle Linksparteien, bis sie zusammenfallen . . . Die Vorgänge in Prag bilden eine letzte Warnung an die westlichen Völker. Auch wir in der Schweiz müssen aus dem gewaltsamen Uebergang dieses Landes von der demokratischen Freiheit zur totalitären Macht und zur Diktatur einer skrupellosen Minderheit lernen.»

Die Schlussfolgerung lautet also deutlich und einfach: Russland ist nicht mehr vertragsfähig — Schluss mit unnützen Konferenzen, auf denen wertlose Zeit vergeht! Darüber hinaus gilt die Warnung besonders den sozialdemokratischen Parteien. Hat man nicht auch in der Schweiz vor zwei Jahren noch vielerorts die Sozialdemokratie brüderlich Hand in Hand mit der Partei der Arbeit schreiten sehen? Man kann wohl den sozialdemokratischen Parteien den Vorwurf einer gewissen unwürdigen Unsicherheit und Instinktilosigkeit nicht ersparen. Nicht bloss für die Tschechei, auch anderswo gilt, was die «Nation» ebenfalls sehr treffend schreibt: «Das Land war schon vor dem Staatsstreich sozial fortschrittlich, es hatte kühne Reformen durchgeführt und eine mustergültige Sozialpolitik betrieben. Einzig der Machtwille einer kommunistischen Minderheit und die imperialistischen Interessen eines fremden Potentaten haben den Staatsstreich verursacht . . .». Aber man vergisst allzu leicht, dass soziale Ideen und Verhältnisse gerne als Kulissen für politische Zwecke missbraucht werden. Wir haben in der «Orientierung» Nr. 21 1947 in einem Leitartikel den Gedanken vertreten, dass der Marxismus zutiefst und wesentlich ein politischer Totalitarismus ist, der aber die ökonomische Theorie als willkommenen «Beweis» ausnützt.

Die Ereignisse in den Diktaturdemokratien haben dies hundertfach bewiesen. Die Redewendung vom «Eisernen Vorhang» ist ein grober Irrtum und nützt diesen Ländern mehr, als sie ihnen schadet. Es gibt keinen Eisernen Vorhang mehr, wer sehen will, der kann längst sehen, was dort gespielt wird. Nicht einmal der Prager Staatsstreich war eine Ueberraschung für die kompetenten Regierungen. Ein Bericht aus London vom 29. Februar sagte dies auch sehr deutlich: «Es liegen Dokumente vor, welche Marshall und Bevin bereits bei der Konferenz der Aussenminister im Dezember zur Kenntnis nahmen, in welchen die kommunistischen Vorbereitungen auf einen Umsturz in der Tschechoslowakei bis ins Detail geschildert werden. So wird hier denn vielmehr vom erstaunlich raschen und glatten Verlauf dieser Offensive als davon gesprochen, dass sie überhaupt stattfand» (NZZ, 1. März, Nr. 442). Also, man hats gewusst und hat zugeschaut! Wie lange will man noch zuschauen?

Es wäre indes ungerecht zu behaupten, es geschehe nichts an wirksamen Massnahmen gegen die Aggression des russischen Imperialismus. Wir müssten auf die Militärdébatte im englischen Unterhaus zu sprechen kommen, bei der Verteidigungsminister Alexander über die Bereitschaft zur Verteidigung ernste Worte redete. Auch der französische Ministerrat hat sich in den letzten Tagen eingehend mit der Frage der Verstärkung der Armee beschäftigt. Am meisten indes darf man in dieser Hinsicht vom West-Pakt erwarten, der die militärische Verteidigung der Rheinlinie ins Auge fassen wird.

Damit hätten wir ein Bild der Weltsituation, wie es in der Presse spiegelt, gezeichnet, das wir unseren Lesern schuldig zu sein glauben. Die Hoffnungen auf die UNO haben sich weitgehend als illusorisch erwiesen. Die Gegensätze klaffen tiefer und drohender als je. Freilich genügt es nicht, bei dieser etwas äusserlichen Sicht zu bleiben. Der tiefere Aspekt muss ins Auge gefasst werden. Es geht in Wirklichkeit um ein gewaltiges ideologisches Ringen. Wir haben auf diesen tieferen Kampf immer aufmerksam gemacht, werden aber in einer der nächsten Nummern uns bemühen, ihn von der neuen Situation aus aufzuzeigen. Die entschlossene Haltung mehrerer italienischer Kirchenfürsten und Erzbischöfe gegenüber den Anhängern des kommunistischen Marxismus lässt uns ja klar wissen, dass auch die ideologische Auseinandersetzung zwischen dem Kommunismus und der katholischen Kirche in ein neues Stadium getreten ist, das wohl als mitentscheidend im Kampf um Europa betrachtet werden muss.

Wir danken

für alle Spenden, die wir für Geschenkabonnements nach Oesterreich und Deutschland erhalten haben. Die fast täglich eingehenden Bitten um Gratiszustellung der «Orientierung» wie die zahlreichen Dankeschreiben sind wohl der beste Beweis für die grosse geistige Not, die Sie mit Ihrer Gabe lindern helfen. Auf Grund wiederholter Anfragen teilen wir mit, dass wir die «Orientierung»

in alle Zonen

Deutschlands, die russische ausgenommen, senden können. Administration «Orientierung»

Herausgeber:

Apologetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins, Zürich, Auf der Mauer 13. — Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet.

Abonnementspreise:

Schweiz: Jährlich Fr. 9.40 — halbjährlich Fr. 4.90 — vierteljährlich Fr. 2.50 — Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842.

Deutschland: vorläufig suspendiert.

Frankreich: Ab 1. Juli jährlich Ffr. 280 — halbjährlich Ffr. 150. Einzahlungen an Editions Salvator, Porte de Miroir, Mulhouse, Tél. 14—24, Compte Chèques Postaux: Strasbourg 10.218.

Luxembourg-Belgien: Jährlich Lfr. 120 — halbjährlich Lfr. 65. Einzahlungen an Central du Livre Clees-Meunier, 15, rue Elisabeth, Telephone 6681, Postcheckkonto 5390.

Oesterreich: Alle Konti suspendiert.



JETZT WIEDER IN ALLE LÄNDER
Die meist beachtete KATHOLISCHE Tageszeitung der Schweiz
Abonnementsbeginn jederzeit. Anfragen und Bestellungen
an: Neue Zürcher Nachrichten, Hauptpostfach 908, Zürich 1

Schweizerische Spar- & Kreditbank

ST. GALLEN - ZÜRICH - BASEL - GENÈVE

Appenzell - Au - Brig - Fribourg - Martigny - Olten
Rorschach - Schwyz - Sierre

Kassa-Obligationen

Spareinlagen (gesetzlich privilegiert)

Alle Bankgeschäfte diskret und zuverlässig

Seit Jahrzehnten

Priesterkleider

Gehrock- und
Soufanelle-Anzüge
Soutanen
Douilletten
Uebergangs- und
Regenmäntel
Wintermäntel
Pelerinen
Prälatenausstattungen

Ich führe nur beste Qualitäten in reiner Wolle zu vorteilhaften Preisen und arbeite auf Ihre persönlichen Masse. Verlangen Sie bitte Preisangebote oder Ansichtsendungen vom Spezialgeschäft für Priesterkleider.

Rob. Roos, Sohn, Luzern Riegelhaus bei der Hofkirchens-
stiege Telephone (041) 2 03 88

Ein neues Buch für den Seelsorger

Beat Ambord:

Begegnung mit Christus

Auf dem Wege durch das Kirchenjahr

420 Seiten. Illustriert. Leinen Fr. 16.70

Dieser Kreis von Betrachtungen, herausgewachsen aus zyklischen Ansprachen des Leiters des Radio Vaticana, geht von Texten der kirchlichen Liturgie aus und hat die lebendige Begegnung mit Christus zum Ziel.

Dem Buche ist ein tiefes Verständnis für die immerwährende Situation des Menschen zwischen erhabener Grösse und verlorenem Elend eigen, charakteristisch ist der herzlich aufrufende Ton der Bejahung.

Dieses Christusbuch vermag jedem ernsthaften Gläubigen wirksamer Anstoss zu sein, dem *Prediger* aber bietet es eine Fülle von Stoff und Anregungen.

In allen guten Buchhandlungen

W W WALTER-VERLAG, OLTEN

Friedrich Muckermann

Srohe Botschaft in die Zeit

Ein Jahrbuch als letztes Vermächtnis
317 Seiten geb. Fr. 13.50

Dieses nachgelassene Werk des bekannten Schriftstellers Pater Friedrich Muckermann enthält Betrachtungen über die Sonntagsevangelien und andere Aufsätze, die er in seinen letzten Lebensjahren geschrieben hat.

Benziger-Verlag, Einsiedeln-Zürich